

## Kurzbericht Kulturpolitisches Gespräch 2011 Der arabische Frühling und die europäische Normalität. Kulturkooperationen zwischen Anspruch und Realität

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Praxiserfahrungen und Rahmenbedingungen von Kulturkooperationen Österreichs mit außer-europäischen Regionen. Anlässlich der Umbrüche im arabischen Raum bildeten Afrika und der arabische Raum den geographischen Fokus der Diskussionen. Eröffnet wurde die Veranstaltung von den Mitveranstaltern **Gabriele Eschig** (Österreichische UNESCO-Kommission) und **Walter Posch** (VIDC Wiener Institut).

**Basma El Hussein** (Al Mawred Al Thaqafy/ Ägypten; Arterial Network/ Afrika) konnte angesichts der aktuellen Entwicklungen in Ägypten ihren einführenden Vortrag nicht persönlich halten. An ihrer Stelle erklärten sich die derzeit in Österreich lebenden ägyptischen Künstler **Hossam Mahmoud** (Komponist, Musiker) und **Hasem El Mestikawy** (bildender Künstler, Kurator) bereit, ihre Erfahrungen und Perspektiven in die Diskussion einzubringen und den von Basma El Hussein übermittelten Vortrag zu präsentieren.

**Hossam Mahmoud** gab zu Beginn einen sehr persönlichen Einblick in seine Erlebnisse rund um den 25. Jänner 2011 in Kairo. Obwohl er sich stets als apolitischen Mensch gesehen hätte, sei es durch das Engagement seiner Tochter nicht möglich gewesen, sich den Protestaktionen am Tahrir-Platz in Kairo zu entziehen. In dieser „Revolution der Jugendlichen“ hätte auch Kultur eine wichtige Rolle gespielt. Entgegen seinen Erwartungen seien etwa am Tahrir-Platz Theaterstücke vorgeführt, Musik gespielt und Ausstellungen kurzfristig organisiert worden. Trotzdem spüre er, dass in Folge der Geschehnisse seine persönliche Zukunft als Komponist in Gefahr sei. Zwar bestehe durch den Wegfall der Regime-Zensur mehr künstlerische Freiheit, doch wäre es ihm unmöglich, über ein anderes Thema als über und für die Opfer der Revolution zu komponieren. Ebenso sei die Angst über die weitere politische Entwicklung sehr real: Sowohl davor, dass das alte Regime zurück komme als auch darüber, dass ein konservativ islamisches Regime die Macht übernehmen könnte.

**Hasem El Mestikawy** schloss sich den Beobachtungen von Hossam Mahmoud an und berichtete von seinen Beobachtungen im Feld der bildenden Künste. Die unabhängige Kunstszene spiele eine kritische Rolle für die Artikulation, Motivation und Ausdauer der Protestbewegung. Gleichzeitig passe sich die Kunstszene auch den veränderten Verhältnissen an: Kunst spiele sich nicht mehr in den etablierten Kunstinstitutionen, sondern in öffentlichen Räumen ab – was bis dahin verboten war. Gleichzeitig müsse sehr schnell produziert werden, wodurch sich etwa die in Ägypten die bis dahin nicht praktizierte Technik des Schablonen-

Graffiti verbreitet habe, teils in Kooperation mit europäischen KünstlerInnen erarbeitet. Das Ziel der Bewegung sei klar, meinte El Mestikawy abschließend in Überstimmung mit dem von Basma El Hussein übermittelten Statement: Ein gleichberechtigter Teil der freien Welt sein.

**Stefanie Carp** (Wiener Festwochen) berichtete über ihre Erfahrungen als Kuratorin der Wiener Festwochen. Internationale Kooperation sei für sie ein persönliches Interesse, gleichzeitig sehe sie die Entwicklungen auch mit einer gewissen Skepsis: Zwar sei es zu begrüßen, wenn Kooperationen durch finanzielle Ressourcen aus dem Westen überhaupt erst möglich wären, doch sei auch ein starker Einfluss der Geldgeber auf das, was und wie etwas gezeigt würde, feststellbar. Dennoch würden etwa im Bereich des Theaters alternative Formen auf das europäische Theater, wie beispielsweise die Verbreitung von *lecture performances*, zurückwirken. Darauf angesprochen, was geschehen müsse, um mehr Theater aus dem arabischen Raum im Rahmen der Wiener Festwochen zu sehen, berichtete Carp über ihre Erfahrung, dass sie für das Programm 2012 nicht genügend künstlerische Qualität und Aussagekraft gefunden habe, um dieser Region einen Schwerpunkt widmen zu können. „Exotismus“ als Einladungsgrund sei zu wenig. Für 2013 kündigte sie jedoch einen erneuten Versuch an, einen Fokus auf den arabischen Raum zu legen.

Der Einschätzung fehlender künstlerischer Qualität konnte sich **Norbert Ehrlich** (Salam.Orient Festival) nicht anschließen. Im Musikbereich sehe er im Gegenteil eine Vielzahl an großartigen MusikerInnen. Eine Hauptmotivation der Gründung des Salam.Orient Festivals vor 10 Jahren sei es gewesen, den mit Stereotypen überladenen und als Feindbild stilisierten Bildern vom arabischen Raum etwas entgegenzusetzen. Natürlich könnten derartige Kulturkooperationen ein Risiko darstellen – sowohl im Hinblick auf die Qualität als auch im Hinblick auf die Publikumsakzeptanz in Österreich – dennoch sei das Hauptproblem anders gelagert: Kooperation auf Augenhöhe sei in vielen Fällen durch die unterschiedlichen (strukturellen) Rahmenbedingungen sehr schwer bzw. nicht möglich.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungsberichte aus der künstlerischen Praxis widmete sich die anschließende Podiumsdiskussion den politischen Rahmenbedingungen. **Gabriele Eschig** (ÖUK) moderierte das Gespräch und verwies in der Diskussionseinleitung auf das Faktum, dass internationale Kulturkooperation bereits seit Jahrzehnten auf internationaler Ebene verhandelt würde. So auch im jüngsten UNESCO-Rechtsinstrument, dem *Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen* aus dem Jahre 2005, welches Staaten dazu verpflichte, kulturelle Erzeugnisse und KünstlerInnen aus Entwicklungsländern zu bevorzugen sowie die Zivilgesellschaft in Formulierung, Umsetzung und Monitoring derartiger kulturpolitischer Maßnahmen einzubinden. Die folgende Diskussion stand unter der zentralen Fragestellung, wie dieser Anspruch – insbesondere seit Inkrafttreten dieses Übereinkommens vor fünf Jahren – in der Realität umgesetzt wird.

**Claudia Marion Stemberger** (Kunsthistorikerin | artandtheory.net) pointierte in ihrem Einleitungsstatement das bisweilen von Stereotypen geprägte Bild internationaler Kulturkooperationen – zwischen prekarierten CouchsurferInnen und verhätschelten StaatskünstlerInnen. Die Realität sei jedoch komplexer. Ausgehend von ihren internationalen Arbeitserfahrungen, unter anderem als *curator-in-residence* an der *Bag Factory* in Johannesburg, betonte sie eingangs drei Punkte: (1) Der Kulturbegriff schließt neben Kunst unter anderem auch Wissenschaft ein. (2) Internationale Kulturkooperationen sind

zunehmend prozessorientiert und multilateral gestaltet. (3) KulturproduzentInnen hinterfragen, wie interkultureller Dialog jenseits eines „ethnischen Marketing“ angelegt werden kann. Im Kontext des UNESCO-Übereinkommens zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen lasse der tendenziell weit gefasste Begriff der „internationalen Kulturkooperation“ eine Differenzierung sinnvoll erscheinen – für Kunstprojekte beispielsweise nach unterschiedlichen Kooperationspartnern wie Einzelpersonen und/oder Institutionen, dem jeweiligen Kontext der involvierten Städte/Regionen/Länder/Kontinente, bis hin zur abweichenden Selbst- oder Fremdwahrnehmung, über spartenspezifische oder transdisziplinäre Formen der Kooperation, sei als Produktion oder Repräsentation, bzw. als „incoming“ oder „outgoing“ angelegten Projekten.

**Silvia Jura** (IG Worldmusic Austria, femous) **Silvia Jura** rief dazu auf, sich von den eigenen **eurozentristischen** Kulturkonzepten zu verabschieden, um tatsächlich Kooperation auf gleicher Augenhöhe zu ermöglichen. Andere Zugänge müßten ohne zu werten anerkannt werden. Die Frage der künstlerischen Qualität sei somit auch eine nach Kunstverständnis und anerkannten Kunstformen, die in ihrer tradierten, westlichen Tradition und deren Hierarchisierung in Frage gestellt werden müßten. Ähnliche traditionelle Rollenzuschreibungen fänden sich etwa auch bei der Genderfrage, wo etwa im Musiksektor Frauen nach wie vor etwa in Führungspositionen unterrepräsentiert seien. So ist einerseits festzustellen, dass auch der Kunstbereich globalisiert ist und ständig neue Kultur- und Austauschformen - besonders im **urbanen Migrationskontext** - entstehen, andererseits die Unterschiede in Verfügbarkeit und Zugang zu Ressourcen sehr stark zwischen den gesellschaftlichen Gruppen differieren. Hier müsse eine Politik zur Förderung **nationaler - im besonderen von Frauen- und Migrationsprojekten** - sowie von internationalen Kulturkooperationen ansetzen.

Angesprochen auf die tatsächlichen ergriffenen Maßnahmen zur Erleichterung von Kulturkooperationen, stellte **Clemens Mantl** (BMeiA) die Politik des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten dar: Die Ziele der Auslandskulturpolitik seien es, ein modernes und innovatives Österreichbild im Ausland zu verbreiten und den interkulturellen Dialog zu stärken. Der Schwerpunkt liege somit auf der Förderung österreichischer KünstlerInnen, die von der Marke „Österreich“ profitieren würden. Demgegenüber läge der Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit auf dem Bereich der Erhaltung kultureller Ausdrucksformen. Dies wirke sich positiv auf das Selbstwertgefühl sowie den Tourismus in den Zielregionen aus. Realität sei jedoch, dass die Ressourcen eingeschränkt sind, interkulturelle Kompetenzen oftmals auch bei den Kulturschaffenden selbst zu wenig ausgebildet seien und nach wie vor ein stark westlich geprägter, imperialistisch/orientalistischer Blick die Kulturdebatte prägen würde. **Norbert Riedl** (BMUKK) verwies in diesem Zusammenhang auf die existierenden Fördermöglichkeiten in Österreich auf Bundes-, Länder- und teils Gemeindeebene. Zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Belangen des angesprochenen UNESCO-Übereinkommens hätte es etliche Schritte gegeben, wie etwa die Anhörung im Nationalrat vor Ratifizierung des Übereinkommens oder die Etablierung einer Arbeitsgemeinschaft bei der Österreichischen UNESCO-Kommission (ÖUK). Auch auf internationaler Ebene würde man kulturpolitisch kooperieren, etwa im Rahmen des Europarates oder dem Rat der Kulturminister von Südosteuropa. Feststellbar sei jedoch der Trend, dass Europa zunehmend als Museumslandschaft aufgebaut wird, in der das zeitgenössische Schaffen zu wenig Berücksichtigung finde.

Demgegenüber verwies **Gabriele Eschig** auf die tatsächliche Lage: Von 30 österreichischen Kulturforen fänden sich lediglich zwei im arabischen Raum und in Afrika (Teheran und Kairo). Von 33 bilateralen Kulturabkommen Österreichs seien lediglich zwei mit Ländern in diesen Regionen (Ägypten und Tunesien). Ebenso sei im Bereich der Förderstrukturen laut einer EU-Studie keine einzige Förderschiene vorhanden, die Aufenthalte von KünstlerInnen aus Afrika oder dem arabischen Raum in Österreich unterstütze. Auch mussten immer wieder Veranstaltungen abgesagt werden, weil die eingeladenen KünstlerInnen kein Visum bekamen.

**Norbert Riedl** verwies in diesem Zusammenhang auf den Prozess der interministeriellen Arbeitsgruppen, bei welchem in Kooperation mit dem Innenministerium an der Visumsproblematik gearbeitet würde. Ebenso würde man innerösterreichisch stets bei den LandeskulturreferentInnen-Tagungen die Bundesländer über das UNESCO-Übereinkommen informieren. Weiters sei ein eigener Dienstposten bei der ÖUK etabliert worden, womit eine Kontaktstelle für Belange im Zusammenhang mit dem Übereinkommen bestehe. Insgesamt würde, so Riedl abschließend, im internationalen Vergleich die Umsetzung gut vorangehen. **Clemens Mantl** ergänzte zu den Förderstrukturen, dass das BMeiA lediglich für *outgoing* KünstlerInnen zuständig sei. Die Möglichkeiten privaten Sponsorings von Kulturkooperationen seien jedoch nicht zu unterschätzen, welche von der Vertrauensmarke „Österreich“ profitieren würden. So hätten etwa die Kulturforen ihr Budget durch direktes Sponsoring verdoppeln können. Ebenso sei auf die zahlreichen Fördermöglichkeiten auf EU-Ebene, auch im Bereich der Nachbarschaftspolitik, zu verweisen.

In der anschließenden Publikumsdiskussion wurde das Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Realität von Kulturkooperationen betont. Tatsächlich hätten sich die Rahmenbedingungen in den letzten fünf Jahren durch Budgetkürzungen und Verschärfung des Fremdenrechts verschlechtert – obwohl internationaler Kulturkooperation und interkultureller Dialog zunehmend an Bedeutung gewinnen würden. **Silvia Jura** betonte in diesem Zusammenhang das große, ungenutzte Potential von österreichischen Kulturschaffenden mit Migrationshintergrund und brachte den Vorschlag ein, den Bundesministerien ExpertInnen für interkulturelle Kompetenz zur Seite zu stellen. Das UNESCO-Übereinkommen würde zwar einen Rahmen bieten, es bräuchte aber Schritte zur konkreten Umsetzung ebenso wie eine Unterstützung der Kulturschaffenden, die ihre Expertise und Kulturarbeit viel zu oft ehrenamtlich einbringen müssen. Fazit der Diskussion war die Feststellung, dass fünf Jahre vielleicht noch zu früh sind, um tatsächliche Fortschritte in der Förderung internationaler Kulturkooperationen zu sehen – der Weg vorwärts jedoch nur in der Kooperation zwischen Verantwortungsträger und Zivilgesellschaft liegen könne.